

## **Wohin soll das nur alles führen?**

Ein Protest gegen Diffamierung und Ausgrenzung der GBM

Ich, Kuno Füssel, ein katholischer Theologe aus Andernach, wende mich beunruhigt und besorgt an Gesinnungsgefährten, mit der Bitte, dieses Schreiben zu unterstützen und zu unterschreiben sowie an Abgeordnete von Berliner BVV, Vorhaben zu unterlassen, die sich im Umkreis aktueller Debatten, die alles zu diffamieren versuchen, was sich links von der SPD bewegt, der Totschlagvokabeln „Mauer“ und „Stasi“ bedienen, um Kampagnen gegen außerparlamentarische Kräfte und Organisationen zu starten, die einem McCarthy zur Ehre gereichen könnten.

Wie sich schon länger andeutete, hat diese Welle nun auch die GBM erreicht. Als ich vor nunmehr 17 Jahren 1991 gemeinsam mit anderen Männern und Frauen, die sich in der Friedens- und Sozialbewegung sowie der Solidaritätsbewegung mit den Ländern der sog. Dritten Welt durch ihr politisches und wissenschaftliches Engagement einen Namen gemacht hatten, zur Gründung der GBM aufrief, fühlte ich mich in bester Gesellschaft.

Die Friedensforscher Prof. Fritz Vilmar, Berlin) und Prof. Anatol Rapaport (Toronto), die Historiker Prof. Gilbert Badia und Roland Desne (Paris), Peter Marcuse (New York), Kaplan Hans Gruber (Linz) und die in der Schweizer Asylpolitik bekannte Theologin Maria Klemm gehörten mit mir von Beginn an einem Kuratorium der GBM an, das sich völlig darüber im Klaren war, dass der überhastete und ohne Rücksichtnahme auf die Interessen der ostdeutschen Mehrheit betriebene Einigungsprozess für Millionen Menschen zahllose Ungerechtigkeiten in sich barg. Wir haben uns an die Seite derer gestellt, die dagegen auftraten und haben die Arbeit der GBM unterstützt und mit kritischer, doch uneingeschränkter Sympathie begleitet. Die Tätigkeit der GBM entsprach ihrer Gründungserklärung. Sie sieht die Geschichte der Einheit aus der Sicht der Betroffenen. Das ist nicht nur legitim, sondern eine Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit.

Und so hätte ich in den schlimmsten Träumen nie daran gedacht, dass diese Menschenrechtsorganisation, die viel gegen Diskriminierung und Entwürdigung getan hat, nun selbst durch politische Machenschaften in Berlin diskriminiert und entwürdigt werden soll. Ich bin umso bestürzter und auch empörter, weil ich von einer mehrmonatigen Reise durch Südamerika zurückgekehrt bin, wo ich als Befreiungstheologe mit großer Freude das Wiedererstarken linker Volksbewegungen und das Entstehen linker Regime (Venezuela, Bolivien, Ecuador) erleben durfte, die alle in der Tradition und auf den Schultern von Kuba und Fidel Castro stehen. Im schlimmen Kontrast dazu muss ich nun erfahren, dass der Menschenrechtspreis an Fidel Castro der GBM zum Vorwurf gemacht wird. Welch welthistorischer Irrwitz. In einer Zeit, wo selbst der Vatikan seine Beziehungen zu Kuba zu verbessern bemüht ist, steigt die CDU erneut in die Schützengräben des Kalten Krieges.

Wessen Interessen dient das? Wer hat die neuerliche Kampagne der Beleidigung und Verunglimpfung bestellt? Will man den Bürgern, die die Kriege von USA und NATO verurteilen nun auch die gute Protestadresse nehmen, das Europäische Friedensforum, in dem die GBM wirkt?

Will man zu all dem neoliberalen Sozialraub und wachsender Altersarmut den Betroffenen auch noch die Möglichkeit der Rentensprechstunde „in öffentlichen Räumen“ nehmen?

Will man die GBM-Stimme – und nicht nur im Interesse der Ostdeutschen – mit der sie bei der UNO die Bundesrepublik vielfach an die Einhaltung der Menschenrechtskonventionen zu sozialen und bürgerlichen Rechten sowie zu Rassismus in Deutschland mahnte, ersticken?

Will man die Bürger abschrecken, sich der Kunst und der Künstler aus der DDR in der GBM - Galerie weiterhin zuzuwenden?

Will man die Dokumentationen des Einigungsunrechts in sieben Weißbüchern der GBM, in ihrer Zeitschrift Icarus und zahlreichen Publikationen durch Verleumdungsvokabeln und Unterstellungen um ihren Erkenntniswert bringen?

Wie viel Hass steckt in einem Verhalten, das heute „DDR“ selbst dort zum Unwort machen möchte, wo die DDR wie im Gesundheits- und Bildungswesen unbestreitbare Erfolge aufzuweisen hatte, so dass man heute „Finnland“ sagen muss, wenn man das Bildungswesen der DDR meint.

Doch auch, was das MfS und die frühere berufliche Tätigkeit von GBM-Mitgliedern betrifft, bitten wir das dauernde Messen mit zweierlei Maß zu unterlassen. Das ist der Tod aller Menschenrechte. Wer könnte schon widersprechen, dass der Geheimdienst der DDR im Gegensatz zu den westdeutschen Diensten wenigstens aus Antifaschisten gebildet wurde, statt ihn mit alten Faschisten aufzubauen, „da man nun mal

keine anderen hatte“, wie Adenauer sich lapidar rechtfertigte? Natürlich war uns bewusst, dass im Kalten Krieg auch das MfS (wie auch die Geheimdienste der westlichen Allianz, was beides nicht gelobt werden darf) bei der Wahrnehmung seiner Funktionen zum Schutz der DDR Verstöße gegen Menschenrechte beging. Die von Wolfgang Harich bei der und mit der GBM gegründete Alternative Enquêtekommision Zeitgeschichte hat sich wie viele andere Mitglieder der GBM in den vergangenen Jahren mit diesen Problemen und Widersprüchen intensiver und objektiver auseinandergesetzt als so manche andere Geschichtskommission. Der allein schon semantisch und erst recht juristisch unsinnige Vorwurf, die GBM sei „ein Stasi-Verein“, dient offensichtlich nur dem einzigen Zweck, die Stimme der GBM aus der Öffentlichkeit zu verbannen und ganz zum Schweigen zu bringen.

Die GBM ist jedoch ein unverzichtbarer Teil der politischen Kultur der Deutschen nach der Wende und ihr ureigenstes Kind. Sie ist ein wichtiger Teil der oppositionellen Kräfte, die sich für Bürgerrechte und Menschenwürde einsetzen.

Sie anzugreifen gehört zur Unkultur der Siegermentalität, die bis heute ein gleichberechtigtes Nebeneinander und Miteinander der Deutschen in Ost und West verhindert.

Wohin soll das alles nur führen?

Zum Schäubleschen Überwachungsstaat, zu permanenter politischer Strafverfolgung, zum NATO-Musterschüler, dessen Freiheit am Hindukusch verteidigt werden muss, zum neoliberalen Raubtierkapitalismus und der Diktatur des großen Geldes, zur Zweiklassengesellschaft in Bildung und Gesundheit?

Da stehen uns - und nicht nur uns - die Forderungen der GBM aus politischen und humanistischen Gründen unvergleichlich näher.

Wir, ob Mitbegründer, Förderer oder Sympathisanten der GBM oder entschiedene Demokraten, denen jeder repressive Eingriff des Staates in die zivilgesellschaftliche Bereich suspekt ist, protestieren entschieden gegen das Vorhaben oder die Anträge in Berliner Bezirksverordnetenversammlungen von Lichtenberg, Treptow/Köpenick und Pankow, der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. die Durchführung von Rentensprechstunden und andere Tätigkeiten in öffentlichen Räumen zu untersagen. Wir fordern daher die BVV Berlins auf, zu Recht und Gesetz zurückzukehren und ihre Missachtung der politischen Kultur – gerade auch im Umgang mit dem politischen Gegner zu unterlassen.

Andernach, 21. April 2008

*Der Protest wurde verfasst im Namen von Mitgliedern des Kuratoriums von Dr. theol. Kuno Füssel /Andernach*